

Kommissionsvorschlag zu „Connecting Europe“: 42 Mrd. für Infrastrukturnetze

Am 06.06.2018 hat die Kommission vorgeschlagen, im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts für die Jahre 2021-2027 die Fazilität „Connecting Europe“ mit Mitteln in Höhe von 42,3 Mrd. Euro fortzuführen. Damit sollen wichtige Investitionen in die europäischen Infrastrukturnetze in den Bereichen Verkehr (30,6 Mrd. Euro), Energie (8,7 Mrd. Euro) und Digitales (3 Mrd. Euro) unterstützt werden.

Der Kommissionsvorschlag bedeutet eine Aufstockung um 47 % gegenüber dem Zeitraum 2014-2020. Er soll das Bekenntnis der EU zu einer gut vernetzten und integrierten Union unterstreichen. Für den kommenden Zeitraum 2021-2027 schlägt die Kommission vor, die ökologische Dimension der Fazilität „Connecting Europe“ auszubauen, sodass sie mit 60 % ihrer Mittel zu Klimaschutzziele beiträgt. Damit sollen die Energieunion gestärkt, die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen unterstützt und die globale Führungsrolle der EU bei der Bekämpfung des Klimawandels unterstützt werden.

Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, die Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastrukturen besser zu verzahnen, um die Dekarbonisierung und Digitalisierung der EU-Wirtschaft schneller voranzubringen. Dabei hebt die Kommission hervor, dass für saubere Mobilitätslösungen wie Elektromobilität eine enge Integration der Sektoren Verkehr und Energie erforderlich sei. Weitere wichtige Bereiche seien autonomes Fahren, Energiespeicherung und intelligente Netze.

Verkehrsinfrastruktur: Ziele der Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und vernetzten Mobilität

Aus der Fazilität „Connecting Europe“ sollen intelligente, nachhaltige, inklusive, sichere und vor Gefährdungen geschützte Mobilitätslösungen entsprechend den Vorschlägen der Initiative „Europa in Bewegung“ und der Verkehrsinfrastrukturpolitik der EU unterstützt werden. So soll die Fazilität zur Dekarbonisierung des Verkehrs beitragen, indem umweltfreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn Vorrang erhalten und ein Netz von Ladestationen für alternative Kraftstoffe aufgebaut wird. Zudem wird vorgeschlagen, die Modernisierung der Netze stärker in den Mittelpunkt zu rücken, insbesondere um sie sicherer zu machen und vor Gefährdungen besser zu schützen. Als Ausdruck europäischer Solidarität bleibt ein Teil der Mittel (11,3 Mrd. Euro) den Mitgliedstaaten vorbehalten, die Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds erhalten können.

Zudem soll die Fazilität „Connecting Europe“ erstmals Verkehrsinfrastrukturen für eine zivile und militärische Doppelnutzung mit 6,5 Mrd. Euro unterstützen. Ziel soll insoweit sein, das europäische Verkehrsnetz an militärische Erfordernisse anzupassen und auch die militärische Mobilität in der EU zu verbessern. Damit soll ein Beitrag zu einer vollwertigen Verteidigungsunion bis zum Jahr 2025 geleistet werden, die zu den politischen Prioritäten der amtierenden Kommission gehört. Der nun vorliegende Kommissionsvorschlag folgt einer „Gemeinsamen Mitteilung“ vom November 2017 und einem Aktionsplan vom März 2018.

Energieinfrastruktur: Ziele der Erschwinglichkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit

Im Energiebereich soll die neue Fazilität „Connecting Europe“ den Aufbau einer „echten Energieunion“ ermöglichen und die Energiewende entsprechend den Vorschlägen der Initiative „Saubere Energie für

alle Europäer“ unterstützen. Damit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass Europa seine Vorreiterrolle bei der Energiewende im Einklang mit den politischen Prioritäten der Juncker-Kommission behaupten kann. Zu diesem Zweck soll aus einem neuen Haushaltsposten die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Vorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien unterstützt werden. Hierdurch soll die strategische Einführung von marktfähigen Technologien für erneuerbare Energien gefördert werden. Außerdem soll das Programm weiterhin die zentralen transeuropäischen Netzinfrastrukturen unterstützen. So sollen Fortschritte bei der Integration des Energiebinnenmarkts ermöglicht, die Interoperabilität der Netze über Grenzen und Sektoren hinweg gefördert und die Dekarbonisierung sowie die Sicherheit der Energieversorgung gefördert werden.

Digitale Infrastrukturen: Vor allem Ziel hoher Kapazität von Breitbandnetzen

Im Digitalsektor sollen aus der Fazilität „Connecting Europe“ moderne digitale Infrastrukturen unterstützt werden, die die Grundlage für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt bilden. Insoweit verweist die Kommission darauf, dass die Digitalisierung der europäischen Industrie und die Modernisierung in Bereichen wie Verkehr, Energie, Gesundheitswesen und öffentliche Verwaltung von einem universellen Zugang zu verlässlichen und erschwinglichen Qualitätsnetzen mit hoher und sehr hoher Kapazität abhängen. Angesichts der stets wachsenden Nachfrage nach Hochkapazitätsnetzen und -infrastrukturen im Bereich der elektronischen Kommunikation soll „Connecting Europe“ den digitalen Vernetzungsinfrastrukturen einen höheren Stellenwert einräumen.

Nächste Schritte

Der Kommissionsvorschlag bedarf nun noch einer Einigung mit den weiteren EU-Institutionen. Die Kommission betont, dass eine rasche Einigung über den gesamten langfristigen EU-Haushalt und die Vorschläge für die Einzelbereiche wichtig sei, damit die EU-Mittel sobald wie möglich vor Ort Wirkung zeigen könnten. Dagegen würden Verzögerungen laufende große Infrastrukturprojekte stark beeinträchtigen. Im Verkehrsbereich wären etwa Vorzeigeprojekte wie die Eisenbahnverbindungen Rail Baltica, der Brenner-Tunnel und weitere betroffen. So müsse für das Projekt Rail Baltica die Vergabe der Bau-Großaufträge im Jahre 2021 beginnen. Nur dann könne das Projekt, das die baltischen Staaten besser verbinden werde, zügig fertiggestellt werden. Die Kommission erwartet, dass bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahre 2019 ein nahtloser Übergang zwischen der gegenwärtigen langfristigen Finanzplanung für die Jahre 2014-2020 und der neuen Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2027 gesichert ist.

Hintergrund

Die Kommission geht davon aus, dass ohne ein Tätigwerden der EU nationale Behörden und private Betreiber oftmals nicht genügend Anreize hätten, in grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte zu investieren. Insoweit soll die Fazilität „Connecting Europe“ mittels der EU-Kofinanzierung Abhilfe schaffen. Die Vergabe der Mittel erfolgt auf der Grundlage wettbewerblicher Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die von der Kommission und der Exekutivagentur für Innovation und Netze (INEA) verwaltet werden.